

Der schwere Weg in die Normalität

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 118 vom 22. Mai 2020

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr.118 vom 22. Mai 2020, S. 8, unter dem Titel:

"Schwerer Weg in die Normalität. Die Angst vor einer Infektion schwindet. Nur eine Minderheit ist gegen die Einschränkungen."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Sorgen über eine mögliche Infizierung nehmen ab - auch bei den Älteren
	A	2	Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise wirken
	A	3	Verlangsamung der Ausbreitung des Virus ist das Ziel
	A	4	Gravierende Auswirkungen auf das Alltagsleben
	A	5a)	Bewertung der staatlichen Eingriffe - nach Altersgruppen und in Bezug auf die empfundenen Veränderungen des Alltags
	A	5b)	Bewertung der staatlichen Eingriffe in verschiedenen Berufsgruppen und Schichten
	A	5c)	Völlig andere Bewertung der staatlichen Eingriffe durch AfD-Wähler
	A	6	Eltern: Kinder leiden Kinder unter der Situation
	A	7	Maskenpflicht wird von den meisten akzeptiert
	A	8	An ein absichtliches Schreckensszenario glauben mehrheitlich nur die AfD-Wähler
	A	9	Die gegenwärtige Situation wird von manchen auch als positiv wahrgenommen
	A	10	Aber vielen gehen die Einschränkungen zunehmend auf die Nerven
	A	11	Sorgen um die Wirtschaft
	A	12	Wirtschaftlich Schwächere zweifeln überdurchschnittlich an dem Erfolg der Stützungsmaßnahmen
	A	13	Von der Wirtschaftskrise 2009 fühlten sich nur wenige stark betroffen
	A	14	Einschätzung der eigenen gegenwärtigen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage
	A	15	Restrisiko akzeptieren?
	A	16	Eine Staffelung der Lockerungen nach Risikogruppen ist für die meisten nicht akzeptabel
A	17	Viele rechnen mit einer zweiten Welle	
A	18	Lockerungen nur vorübergehend?	
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Weniger Ängste
		2	Frustration und Adaption
		3	Zweifel an der Wirksamkeit der Stützungsmaßnahmen
		4	Viele nicht persönlich betroffen
		5	Bedürfnis nach Normalität
		6	Gespaltene Reaktion auf Lockerungen

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Der schwierige Weg in die Normalität

Allmählich verliert die Pandemie für die Bürger ihren Schrecken. Die Ängste vor einer Infektion gehen zurück, insbesondere die Sorge, sich persönlich zu infizieren. Im April war dies noch für 44 Prozent der Bevölkerung ein großer Sorgenpunkt, aktuell noch für 31 Prozent. Parallel sind Ängste, dass sich Angehörige infizieren könnten, von 69 auf 57 Prozent gesunken. Nach wie vor fühlen sich die 60-Jährigen und Älteren überdurchschnittlich bedroht; auch in dieser Generation sind die Ängste jedoch rückläufig.

Schaubild 1

Tabelle A1

Das hat zum einen damit zu tun, dass die meisten die Risiken nur medienvermittelt kennen, aber in den letzten Monaten in ihrem Umfeld nicht direkt erlebt haben. Vor allem ist es jedoch die Bilanz der kontinuierlich rückläufigen und mittlerweile niedrigen Zahlen der registrierten Fälle. 82 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass die ergriffenen Maßnahmen wirksam sind und Deutschland bei der Eindämmung der Pandemie gut vorangekommen ist. Für die große Mehrheit ist auch nach wie vor das Ziel, die Ausbreitung der Infektionen zu verlangsamen und dadurch das Gesund-

Tabelle A2

Tabelle A3

heitssystem vor Überlastung zu schützen, und nicht, so wenig Infizierte wie möglich zu erreichen. Dies ist bemerkenswert, da vorübergehend das Ziel höhergesteckt und teilweise gefordert wurde, um jeden Preis Menschenleben zu retten. Die Mehrheit hat sich jedoch mittlerweile mit dem Gedanken arrangiert, dass uns Corona längere Zeit begleiten wird und die Bekämpfung nicht jeden Preis rechtfertigt.

Die Wirksamkeit der bisherigen beispiellosen Maßnahmen hat ökonomische und soziale Folgen, die in ihrer ganzen Tragweite bisher nur schwer abzuschätzen sind. Noch nie hat der Staat seit Kriegsende so tief und abrupt in das soziale und wirtschaftliche Leben eingegriffen. Zwei Drittel der Bevölkerung ziehen die Bilanz, dass sich ihr Alltag durch die Coronakrise gravierend verändert hat, und bewerten die Einschränkungen als gravierend. Die Bürger erleben plötzlich die Macht des Staates auf eine unmittelbare und ungewohnte Weise. 67 Prozent haben den Eindruck, dass der Staat zurzeit stark oder sogar sehr stark in ihr Leben eingreift; überdurchschnittlich zieht diese Bilanz die mittlere Generation, die teilweise in ihrer Erwerbstätigkeit eingeschränkt wird, um den Arbeitsplatz fürchtet und sich gleichzeitig bei der Kinderbetreuung und -förderung mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert sieht. Die Situation belastet nicht nur die Eltern selbst, sondern auch die Kinder. 77 Prozent der Eltern beobachten, dass ihre Kinder unter den Einschränkungen leiden, 41 Prozent

Tabelle A4

Tabelle A5a)

Tabelle A6

berichten sogar von einem erheblichen Leidensdruck. Viele Eltern fühlen sich auch überfordert, die Aufgaben der Schule mit zu übernehmen; das gilt insbesondere für Eltern aus den schwächeren sozialen Schichten.

Dass derart starke Eingriffe in das Leben der Bürger auch Kritik und Proteste auslösen, ist kaum überraschend. Es ist jedoch nach wie vor eine Minderheit, die den Staat als unangemessen übergreifend empfindet. 23 Prozent kritisieren die staatlichen Eingriffe als überzogen, die große Mehrheit bewertet die Eingriffe als angemessen oder auch die Einschränkung ihres Alltagslebens als begrenzt; letzteres gilt für knapp ein Drittel der Bevölkerung, während weitere 37 Prozent zwar von gravierenden Auswirkungen auf ihr persönliches Leben berichten, die Maßnahmen aber gleichzeitig als angemessen einstufen. Von denjenigen, die von starken Eingriffen des Staates in ihr Leben berichten, halten 48 Prozent die Maßnahmen für angemessen, 27 Prozent für überzogen. Überdurchschnittlich kritisch fällt das Urteil von Selbständigen und freiberuflich Tätigen aus sowie in den schwächeren sozialen Schichten. Auch erst kürzlich verhängte staatliche Maßnahmen wie die Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr und bei Einkäufen werden von der Mehrheit akzeptiert. 65 Prozent halten diese Regelung in der derzeitigen Situation für notwendig, nur knapp jeder Fünfte für überzogen.

Tabelle A 5a)

Tabelle A 5b)

Tabelle A 7

Nur die Anhänger der AfD halten die Maskenpflicht in hohem Anteil für nicht notwendig, wie sie auch generell den staatlichen Vorgaben und Einschränkungen wesentlich kritischer gegenüberstehen. Keine andere Gruppierung hat vergleichbar stark das Gefühl, dass der Staat extrem und unangemessen in ihr Leben eingreift. 91 Prozent der AfD-Wähler empfinden die Eingriffe als gravierend, 71 Prozent als unangemessen. Anders als die Mehrheit der Bevölkerung äußert die überwältigende Mehrheit der AfD-Wähler auch den Verdacht, dass versucht wird, die Menschen in Angst und Schrecken zu halten, um zu erreichen, dass sie die Maßnahmen klaglos hinnehmen.

Tabelle A 5c)

Tabelle A 8

Eine knappe Mehrheit hat sich persönlich mittlerweile gut auf die Situation eingestellt. Jeder Vierte sieht für sich persönlich sogar Vorteile; das gilt überdurchschnittlich für Staatsbedienstete und Arbeitnehmer, die zurzeit kurzarbeiten oder das für die nahe Zukunft erwarten. Jeder Dritte kann auch nachvollziehen, dass man die aktuelle Situation richtiggehend genießen kann. Das ist ein Wohlgefühl mitten in der Krise, ausgelöst durch Zeitgewinn und Entschleunigung, während die eigene materielle Basis noch als weitgehend stabil eingeschätzt wird.

Schaubild 2

Tabelle A 9

Tabelle A 14

Aber bei vielen wächst auch der Unmut über die Einschränkungen. 41 Prozent gehen die Restriktionen mittlerweile auf die Nerven. Das gilt vor allem für diejenigen, deren Alltag sich

Tabelle A 10

durch die Maßnahmen stark verändert hat, für Jüngere und diejenigen, deren wirtschaftliche Lage unbefriedigend ist und die eine weitere Verschlechterung befürchten.

Während die Infektionsängste abflauen, stimmt die ökonomische Situation die überwältigende Mehrheit besorgt. 76 Prozent der Bevölkerung machen sich große Sorgen über die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf die deutsche Wirtschaft. Die überwältigende Mehrheit rechnet für die nächsten 12 Monate mit einem wirtschaftlichen Abwärtstrend. Nur eine Minderheit vertraut darauf, dass die groß dimensionierten staatlichen Hilfsprogramme den meisten Unternehmen ausreichend helfen können. Besonders Selbständige und freiberuflich Tätige bezweifeln das wie auch diejenigen, die sich in einer schwierigen finanziellen Lage befinden.

Tabelle A 11

Schaubild 3

Tabelle A 12

Die Besorgnis über die allgemeine wirtschaftliche Lage ist allerdings bei der großen Mehrheit nicht mit Existenzängsten gleichzusetzen. In einem Land wie Deutschland mit seinem hohen Beschäftigungsstand, zahlreichen betrieblichen Schutzvereinbarungen und einem ausgebauten Sozialstaat kommt selbst eine tiefe ökonomische Krise meist erst mit zeitlicher Verzögerung in der Breite an – wenn überhaupt. Das war bei der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise zu beobachten, die kurzfristig zu einer scharfen Rezession führte, die meisten Arbeitnehmer aber nie erreichte. Im Rückblick zogen damals 6 Prozent der Bürger die Bilanz, dass sich diese Krise unmittelbar

Tabelle A 13

auf ihre materielle Situation ausgewirkt habe.

Diesmal ist die Dimension der ökonomischen Probleme zwar ungleich größer. Ganze Branchen liegen darnieder, der internationale Güter- und Personenverkehr ist extrem eingeschränkt, und es gibt keine Weltregion, keine Märkte, die in dieser Situation stabilisieren könnten. Aber auch diesmal zeigt sich, dass die kurzfristigen Auswirkungen auf die materielle Lage der Bevölkerung begrenzt sind. 58 Prozent bewerten ihre eigene wirtschaftliche Situation positiv, 30 Prozent durchwachsen, lediglich 11 Prozent eindeutig negativ. Im Vergleich zu den Jahren vor der Krise ist dies ein stabiles Bild. Viele erwarten zwar, dass sich ihre wirtschaftliche Lage aufgrund der Krise verschlechtern wird, aber nur eine kleine Minderheit rechnet mit gravierenden Einbußen. 12 Prozent erwarten eine deutliche Verschlechterung ihrer materiellen Lage, 34 Prozent rechnen mit nur geringen Einbußen. Gravierende Folgen befürchten in erster Linie Selbständige und diejenigen, die sich ohnehin in einer schwierigen materiellen Lage befinden. Jeder zweite Selbständige und 42 Prozent derjenigen, die schon vor der Krise Mühe hatten, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, befürchten eine deutliche Verschlechterung ihrer finanziellen Lage.

Tabelle A 14

Was die mittelfristigen materiellen Folgen angeht, ist die Gesellschaft zurzeit zweigeteilt: in diejenigen, die persönlich Konsequenzen erwarten, und die, die sich sicher fühlen und es oft auch sind. Die große Gruppe der Rent-

ner und Pensionäre, die Staatsbediensteten und die Arbeitnehmer aus stabilen Branchen wie dem Gesundheitswesen oder Lebensmittelhandel und -produktion sehen sich weit überwiegend in einer materiell befestigten Lage. Dadurch sind 41 Prozent der Bürger zwar über die wirtschaftliche Entwicklung besorgt aber zugleich zuversichtlich, dass dies nicht auf ihre eigenen wirtschaftlichen Perspektiven durchschlagen wird. Insbesondere die ältere Generation, Beamte und die wohlhabenderen Bevölkerungskreise sind davon überzeugt.

Schaubild 4

Die persönliche Betroffenheit durch die wirtschaftlichen Kollateralschäden beeinflusst zwangsläufig die Haltung zu Lockerungen. Insbesondere Selbständige und freiberuflich Tätige, die niedrigeren Einkommensschichten und diejenigen, die materielle Einbußen befürchten, fordern die Rückkehr in ein weitgehend normales Leben. Insgesamt sprechen sich 46 Prozent der Bevölkerung für diesen Weg aus, auch dafür, ein Restrisiko zu akzeptieren; von den Selbständigen und freiberuflich Tätigen erheben 59 Prozent diese Forderung, auch die Mehrheit derjenigen, die ihre wirtschaftliche Lage als unbefriedigend einstufen. Staatsbedienstete, die ältere Generation und die höheren Einkommensschichten schließen sich dieser Forderung dagegen unterdurchschnittlich an. Insgesamt 34 Prozent der Bevölkerung widersprechen dieser Forderung dezidiert; dieser Anteil ist weitgehend dek-

Tabelle A 15

Schaubild 5

Tabelle A 15

kungsgleich mit den Kritikern der Öffnungspolitik. 37 Prozent der Bürger befürchten, dass die Lockerungen zu früh kommen, 42 Prozent widersprechen, gut jeder Fünfte ist in dieser Frage unsicher. Eine Staffelung der Lockerung nach Risikogruppen ist für die meisten keine Alternative. So wird der Vorschlag, die Restriktionen für Risikogruppen wie die Älteren länger aufrechtzuerhalten, von der Mehrheit verworfen, besonders von der überwältigenden Mehrheit der älteren Generation.

Schaubild 6

Tabelle A 16

Der breite gesellschaftliche Konsens, der die ersten Wochen des Shutdown begleitete, ist in der Phase der Lockerungen kaum zu erreichen, zumindest nicht, solange die Sorge vor einer zweiten Welle im Raum steht. 72 Prozent der Bürger halten eine zweite Welle für wahrscheinlich, jeder Vierte sogar für sehr wahrscheinlich. Vor diesem Hintergrund kann auch kaum überraschen, dass viele die Lockerungen als ein vorübergehendes Phänomen ansehen. 44 Prozent rechnen mit einer Rücknahme, nur 23 Prozent sind überzeugt, dass die Lockerungen nachhaltig sein werden. Viele trauen sich hier auch kein Urteil zu. Auch wenn die Infektionsängste allmählich schwinden, fühlt sich die Mehrheit noch keineswegs in Sicherheit.

Tabelle A 17

Tabelle A 18

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1013
Befragungszeitraum:	6.05. bis 14.05.2020
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Telefonisch

Anhangtabellen

Sorgen über eine mögliche Infizierung nehmen ab - auch bei den Älteren

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wieweit machen Sie sich Sorgen über das Wohlbefinden Ihrer Angehörigen, also dass Angehörige von Ihnen mit dem Coronavirus infiziert werden könnten bzw. bereits infiziert sind? Macht Ihnen das sehr große Sorgen, große Sorgen, weniger große oder kaum bzw. gar keine Sorgen?"

	Bevölkerung insgesamt	
	April 2020	Mai 2020
	%	%
(Sehr) große Sorgen	69	57
Weniger große Sorge	24	32
Kaum bzw. gar keine Sorgen	5	8
Unentschieden	2	3
	100	100

FRAGE: "Wieweit machen Sie sich Sorgen darüber, dass Sie persönlich mit dem Coronavirus infiziert werden könnten?"

	Bevölk. insg.	Altersgruppen					
		16-29 Jahre		30-59 Jahre		60 J. u. älter	
		April 2020	Mai 2020	April 2020	Mai 2020	April 2020	Mai 2020
		%	%	%	%	%	%
(Sehr) große Sorgen	31	24	16	43	26	54	46
Weniger große Sorgen.....	46	50	49	39	49	34	39
Kaum bzw. gar kein Sorgen	22	24	34	16	23	11	14
Unentschieden	1	2	1	2	2	1	1
	100	100	100	100	100	100	100

QELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 8233, 8239

Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise
wirken

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie ist Ihr Eindruck: Wie gut kommen wir in Deutschland bei der Bekämpfung der Krise voran, wie wirksam sind die getroffenen Maßnahmen? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt
	%
"sehr wirksam/wirksam"	82
"weniger wirksam"	8
"kaum bzw. gar nicht wirksam"	1
Unentschieden	9
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Verlangsamung der Ausbreitung des Virus ist
das Ziel

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was ist Ihrer Meinung nach das vorrangige Ziel der Maßnahmen bzw. der Einschränkungen: Die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, damit unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird, oder geht es eher darum, dass wir generell so wenig Infizierte wie möglich haben?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Ausbreitung zu verlangsamen.....	61
So wenig Infizierte wie möglich	29
Unentschieden	10
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Gravierende Auswirkungen auf das
Alltagsleben

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal ganz allgemein gefragt: Was würden Sie sagen, wie stark hat sich Ihr Leben bzw. Ihr Alltag durch das Coronavirus verändert?
Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt %
"sehr stark/stark"	67
"weniger stark"	24
"kaum bzw. gar nicht"	9
	<hr/> 100

}33

FRAGE an Personen, deren Alltag durch das Coronavirus verändert wird:
"Und wieweit empfinden Sie diese Veränderungen als Einschränkung?
Würden Sie sagen, Sie empfinden dies als ..."

"sehr große/große Einschränkung"	63
"weniger große Einschränkung"	25
"kaum bzw. gar keine Einschränkung"	2
Unentschieden.....	1
Personen, deren Leben durch das Coronavirus kaum / gar nicht eingeschränkt wird.....	9
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Bewertung der staatlichen Eingriffe - nach Altersgruppen und in Bezug auf die empfundene Veränderung des Alltags

Tabelle A 5a)
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was würden Sie sagen: Wie stark greift der Staat derzeit in Ihr persönliches Leben ein? Würden Sie sagen ..."

Falls "sehr stark" oder "stark":

FRAGE: "Und greift der Staat Ihrer Meinung nach derzeit zu stark in Ihr Leben ein, oder ist das in der jetzigen Situation angemessen?"

	Bevölk. insg. %	Altersgruppen			Alltag hat sich verändert	
		16-29 Jahre	30-59 Jahre	60 J. u. älter	(sehr) stark	weniger/ kaum/ gar nicht
		%	%	%	%	%
Personen, die den derzeitigen staatlichen Eingriff in ihr persönliches Leben als (sehr) stark empfinden.....	68	72	75	58	85	34
zu stark.....	23	31	27	16	27	14
angemessen	37	36	39	34	48	15
Unentschieden	8	5	9	8	10	5
Personen, die den derzeitigen staatlichen Eingriff in ihr persönliches Leben als nicht (sehr) stark empfinden	32	28	25	42	15	66
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Bewertung der staatlichen Eingriffe in
verschiedenen Berufsgruppen und Schichten

Tabelle A 5b)
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was würden Sie sagen: Wie stark greift der Staat derzeit in Ihr
persönliches Leben ein? Würden Sie sagen ..."

Falls "sehr stark" oder "stark":

FRAGE: "Und greift der Staat Ihrer Meinung nach derzeit zu stark in Ihr Leben ein,
oder ist das in der jetzigen Situation angemessen?"

	Bevölk. insg. %	Eigene wirtschaftliche Lage			Beschäftigte		
		(sehr) gut %	teils/ teils %	(eher) schlecht %	Selbst./ Freie %	Arbeiter/ Angest. %	Beamte %
Personen, die den derzeitigen staatlichen Eingriff in ihr persönliches Leben als (sehr) stark empfinden	68	65	71	80	87	70	81
zu stark.....	23	18	30	35	27	15	21
angemessen	37	40	33	35	34	39	55
Unentschieden	8	7	8	10	10	8	5
Personen, die den derzeitigen staatlichen Eingriff in ihr persönliches Leben als nicht (sehr) stark empfinden.....	32	35	29	20	13	30	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Völlig andere Bewertung der staatlichen Eingriffe durch AfD-Wähler

Tabelle A 5c)
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was würden Sie sagen: Wie stark greift der Staat derzeit in Ihr persönliches Leben ein? Würden Sie sagen ..."

Falls "sehr stark" oder "stark":

FRAGE: "Und greift der Staat Ihrer Meinung nach derzeit zu stark in Ihr Leben ein, oder ist das in der jetzigen Situation angemessen?"

	Bevölkerung insgesamt %	AfD- Wähler %
Personen, die den derzeitigen staatlichen Eingriff in ihr persönliches Leben als (sehr) stark empfinden	68	91
zu stark	23	71
angemessen	37	18
Unentschieden	8	2
Personen, die den derzeitigen staatlichen Eingriff in ihr persönliches Leben als nicht (sehr) stark empfinden.....	32	9
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Eltern: Kinder leiden unter der Situation

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Eltern von Kindern
unter 18 Jahren

FRAGE: "Wie ist Ihr Eindruck: Leiden Ihre Kinder sehr oder etwas unter der Situation, oder leiden Sie gar nicht darunter, oder geniessen Sie die Situation sogar?"

	Eltern von Kindern unter 18 Jahren
	%
Leiden sehr	41
Leiden etwas	36
Leiden gar nicht	6
Geniessen die Situation.....	10
Unentschieden.....	7
	<hr/>
	100

}77

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Maskenpflicht wird von den meisten akzeptiert

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was glauben Sie: Ist die Maskenpflicht in der derzeitigen Situation notwendig oder nicht notwendig?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der AfD
	%	%
Notwendig	65	41
Nicht notwendig	19	39
Unentschieden	16	20
	<hr/>	<hr/>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

An ein absichtliches Schreckensszenario glauben mehrheitlich nur die AfD-Wähler

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand: 'Ich habe manchmal den Eindruck, dass versucht wird, die Menschen in Angst und Schrecken zu halten, so dass sie die politischen Maßnahmen klaglos hinnehmen. Würden Sie sagen, da ist etwas dran, oder würden Sie das nicht sagen?'"

	Bevölkerung insgesamt	Wähler der AfD
	%	%
Ist etwas dran.....	38	82
Würde das nicht sagen	50	14
Unentschieden	12	4
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Die gegenwärtige Situation wird von manchen auch als positiv wahrgenommen

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die derzeitige Situation kann für den Einzelnen ja auch Vorteile haben. Würden Sie sagen, dass die jetzige Situation Ihnen auch Vorteile bringt, oder würden Sie das nicht sagen?"

	Bevölk. insg. %	Beschäftigte			Betroffenheit durch Kurzarbeit	
		Selbst./ Freie %	Arbeiter/ Angest. %	Beamte %	Derzeit Kurzarb. %	Erwarte Kurzarbeit %
Auch Vorteile	25	21.....	32	37	30	35
Würde das nicht sagen	65	71.....	59	43	60	59
Unentschieden	10	8.....	9	20	10	6
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

FRAGE: "Neulich sagte jemand: 'Ich genieße die Zeit gerade richtig.' Können Sie das nachvollziehen, oder können Sie das nicht nachvollziehen?"

	Bevölkerung insgesamt %
Nachvollziehen	34
Nicht nachvollziehen	50
Unentschieden	16
	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Aber vielen gehen die Einschränkungen zunehmend auf die Nerven

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Einschränkungen und Verbote der letzten Zeit denken: Gehen Ihnen diese Einschränkungen und Verbote immer mehr auf die Nerven, oder haben Sie sich inzwischen gut auf die Situation eingestellt?"

	Bevölkerung			Eigene wirtschaftliche Lage	
	insg.	16-29 Jahre	Alltag hat sich (sehr) stark verändert	(eher) schlecht	wird sich verschlechtern
	%	%	%	%	%
Gehen auf die Nerven	41	53	47	49	48
Gut auf Situation eingestellt	49	38	43	41	43
Unentschieden	10	9	10	10	9
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 8239, Mai 2020

Sorgen um die Wirtschaft

Tabelle A 11
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie große Sorgen machen Sie sich über die Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die deutsche Wirtschaft?"

	Bevölkerung insgesamt	
	%	
Sehr große Sorgen	30	} 76
Große Sorgen	46	
Weniger große Sorgen	17	
Kaum bzw. gar keine Sorgen	3	
Unentschieden	4	
	<hr/>	
	100	

FRAGE: "Wie sehen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung: Glauben Sie, dass es mit unserer Wirtschaft in den nächsten 12 Monaten eher bergauf oder eher bergab geht?"

	Bevölkerung insgesamt	
	%	
Eher bergauf	13	
Eher bergab	70	
Weder noch, gleichbleibend	9	
Unentschieden	8	
	<hr/>	
	100	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Wirtschaftlich Schwächere zweifeln
überdurchschnittlich an dem Erfolg der
Stützungsmaßnahmen

Tabelle A 12
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Der Staat unterstützt die deutsche Wirtschaft derzeit ja mit Milliardenhilfen. Glauben Sie dass den meisten Unternehmen mit dieser Unterstützung ausreichend geholfen werden kann, oder glauben Sie das nicht"

	Bevölk. insg. %	Eigene wirtschaftliche Lage		
		(sehr) gut %	teils/teils %	(eher) schlecht %
Kann ausreichend geholfen werden	19	20	19	9
Glaube das nicht.....	45	43	45	53
Schwer zu sagen, unentschieden	36	37	36	38
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Von der Wirtschaftskrise 2009 fühlten sich nur wenige stark betroffen

Tabelle A 13
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es ist ja ganz unterschiedlich, wie stark die Menschen von der Wirtschaftskrise betroffen sind. Wie ist das bei Ihnen persönlich: Wie stark beeinflusst die Krise Ihr Leben?" (Listenvorlage)

	Bevölkerung insgesamt 2009 %
Die Krise beeinflusst mein Leben bislang eigentlich gar nicht und ich gehe davon aus, dass es auch so bleibt	38
Bisher beeinflusst die Krise mein Leben zwar nicht, aber ich befürchte, dass sich das bald ändern wird	25
Sie betrifft mich etwas, aber nicht so stark	29
Die Krise betrifft mich stark.....	6
Keine Angabe	2
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10041, August 2009

Einschätzung der eigenen gegenwärtigen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage

Tabelle A 14
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wir beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?
Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt %
"sehr gut"/"gut".....	58
"teils gut, teils schlecht	30
"eher schlecht"/"schlecht"	11
Weiß nicht, keine Angabe.....	1
	100

FRAGE: "Gehen Sie davon aus, dass sich Ihre wirtschaftliche Lage aufgrund der Corona-Krise deutlich oder etwas verschlechtert, oder gehen Sie davon nicht aus?"

	Bevölk. insg. %	Eigene wirtschaftliche Lage			Beschäftigte		
		(sehr) gut %	teils/ teils %	(eher) schlecht %	Selbst./ Freie %	Arbeiter/ Angest. %	Beamte %
Deutlich verschlechtern	12	4	14	42	49	11	x
Etwas verschlechtern	34	30	45	30	34	43	27
Gehe davon nicht aus	45	58	31	21	14	36	72
Wird sich verbessern	x	x	1	x	x	1	x
Schwer zu sagen, keine Angabe	9	8	9	7	3	9	1
	100	100	100	100	100	100	100

x= weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Restrisiko akzeptieren?

Tabelle A 15
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand: 'Ich finde, wir müssen jetzt langsam zu einem normalen Alltag zurückfinden und unser normales Leben zurückgewinnen. Mit einem gewissen Restrisiko, dass man sich mit dem Virus anstecken könnte, muss man einfach leben.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

	Bevölk. insg. %	Eigene wirtschaftliche Lage			Hauptverdiener Netto-Monatseinkommen			Eigene wirtschaftl. Lage wird s. verschlechtern %
		(sehr) gut %	teils/ teils %	(eher) schlecht %	Unter 1750 € %	1750- 2999 € %	3000 € u. mehr %	
Sehe das auch so	46	42	55	46	51	47	43	52
Sehe das nicht so	34	38	28	32	32	31	38	32
Unentschieden	20	20	17	22	17	22	19	16
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Eine Staffelung der Lockerungen nach Risikogruppen ist für die meisten nicht akzeptabel

Tabelle A 16
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt ja den Vorschlag, dass Beschränkungen nur für Risikogruppen, z.B. für ältere Menschen aufrechterhalten werden sollen. Andere halten dies für eine unzulässige Benachteiligung von Älteren. Wie sehen Sie das: Halten Sie das alles in allem für einen guten oder keinen guten Vorschlag?"

	Bevölk. insg. %	Altersgruppen		
		16-29 Jahre %	30-59 Jahre %	60 Jahre u. älter %
Guter Vorschlag.....	27	30	30	21
Kein guter Vorschlag	54	44	51	64
Unentschieden.....	19	26	19	15
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Viele rechnen mit einer zweiten Welle

Tabelle A 17
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Man hört ja immer wieder die Befürchtung, dass es eine zweite Infektionswelle geben könnte. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass es eine zweite Infektionswelle gibt? Halten Sie das für ..."

	Bevölkerung insgesamt
	%
"sehr wahrscheinlich".....	27
"eher wahrscheinlich"	45
"eher unwahrscheinlich"	13
"sehr unwahrscheinlich".....	2
Unentschieden.....	13
	<hr/> 100

} 72

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Lockerungen nur vorübergehend?

Tabelle A 18
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass der Staat die Lockerungen wieder zurücknehmen wird, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Wird sie wieder zurücknehmen	44
Glaube das nicht.....	23
Unentschieden.....	33
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239, Mai 2020

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

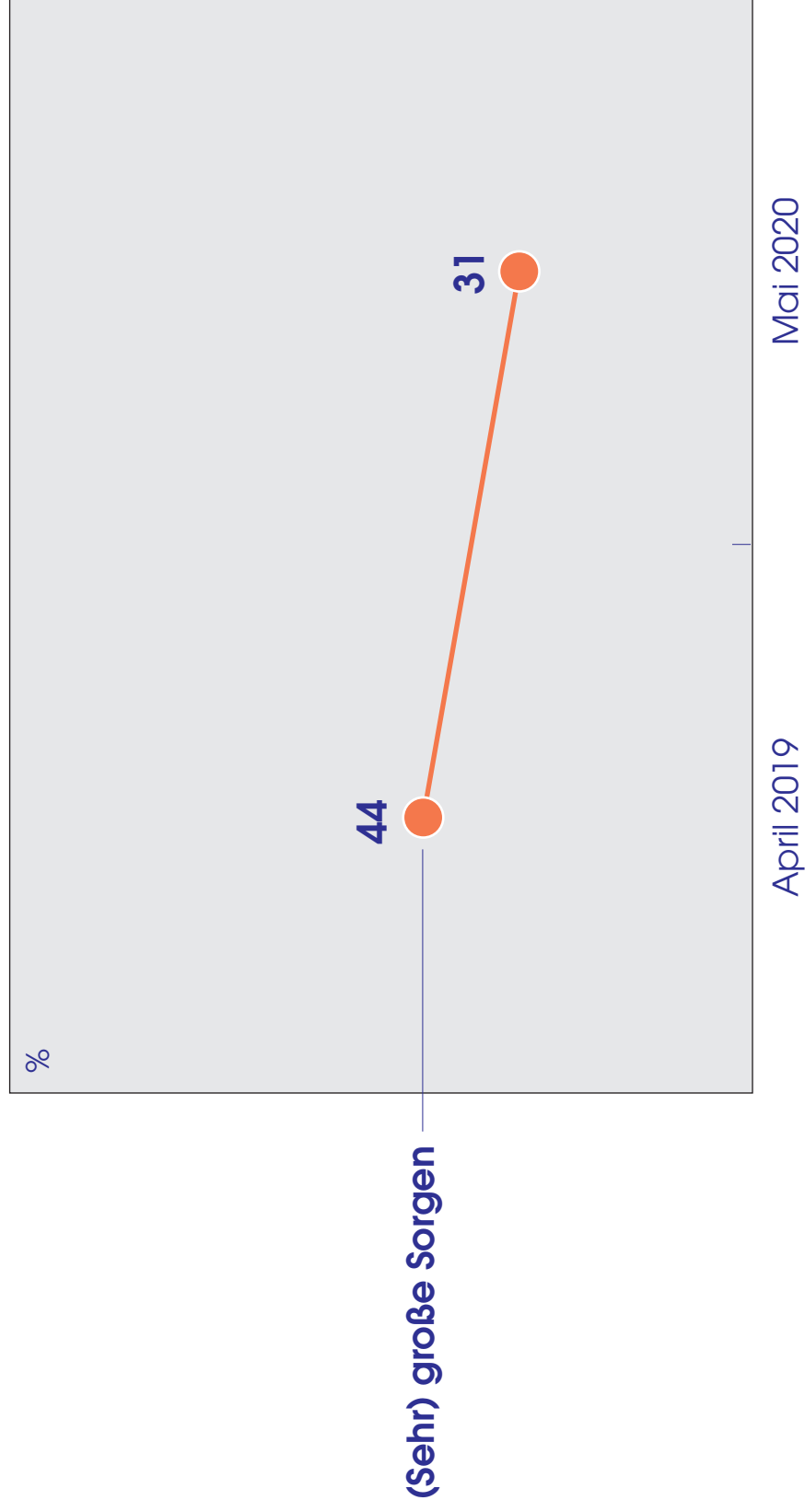
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: 5. - 17. Januar	31,5	8,5	16,5	18,0	8,5	13,0	4,0
1. - 13. Februar	30,0	8,0	18,0	18,5	8,0	13,5	4,0
7. - 21. März	30,0	8,5	18,0	19,0	8,5	12,0	4,0
1. - 12. April	30,0	9,0	18,5	18,0	8,0	12,5	4,0
3. - 16. Mai	30,0	9,0	17,5	17,0	8,5	13,0	5,0
1. - 12. Juni	29,0	8,0	12,0	25,0	8,0	12,0	6,0
1. - 11. Juli	29,5	7,0	14,5	23,0	8,5	11,5	6,0
2. - 15. August	29,5	7,0	13,5	24,0	8,0	12,5	5,5
1. - 12. September	29,0	7,0	15,0	22,0	8,0	14,0	5,0
27. Sept.-10. Okt.	29,5	6,5	16,0	23,5	7,0	13,0	4,5
2. - 13. November	29,5	7,5	14,0	21,5	8,0	14,5	5,0
1. - 11. Dezember	28,5	7,0	15,0	21,0	8,5	15,0	5,0
2020: 9. - 22. Januar	28,5	8,0	14,0	23,5	8,0	13,0	5,0
1. - 12. Februar	27,5	8,0	14,5	23,0	9,5	13,0	4,5
5. - 18. März	29,0	7,0	16,5	23,0	8,0	11,5	5,0
1. - 15. April	38,0	6,0	16,0	19,0	7,0	9,0	5,0
6. - 14. Mai	38,0	5,5	15,5	19,0	7,0	9,0	6,0

Befragt wurden telefonisch insgesamt 1.013 Personen

Schaubilder

Weniger Ängste

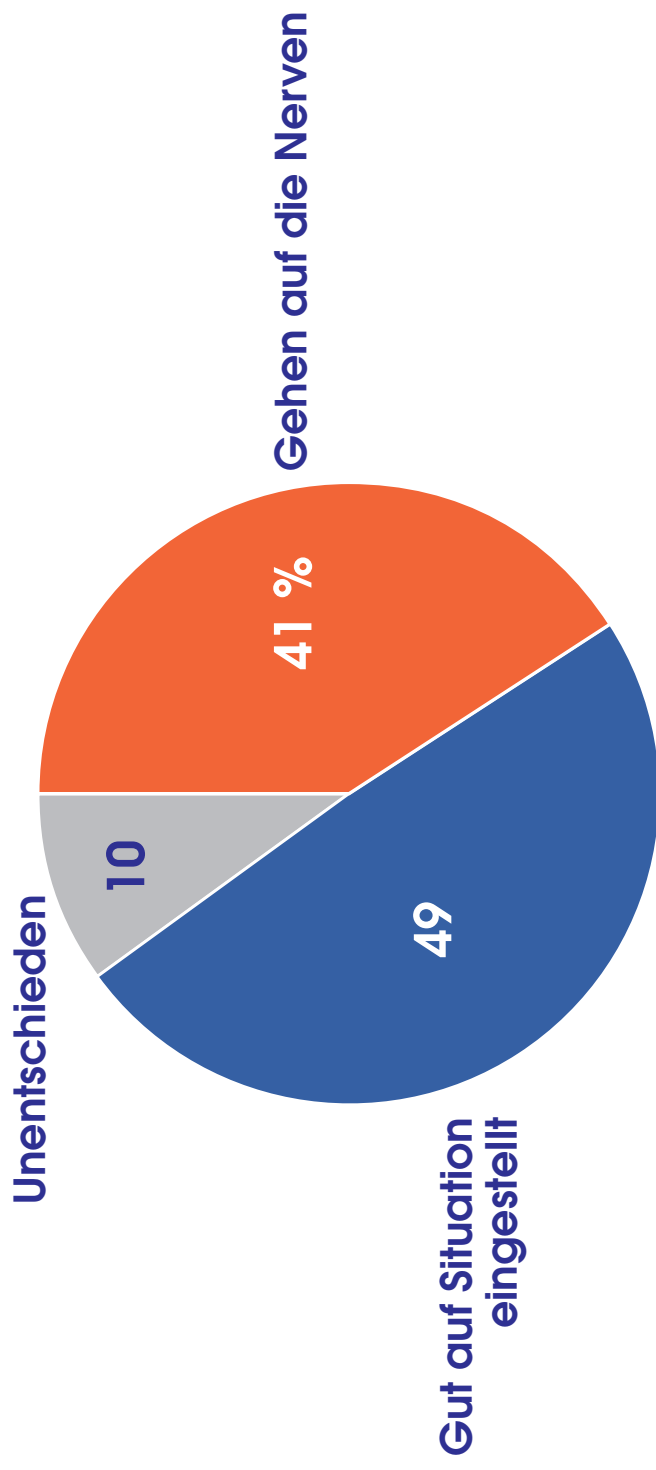
Frage: "Wieweit machen Sie sich Sorgen darüber, dass Sie persönlich mit dem Coronavirus infiziert werden könnten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 8233, 8239

Frustration und Adaption

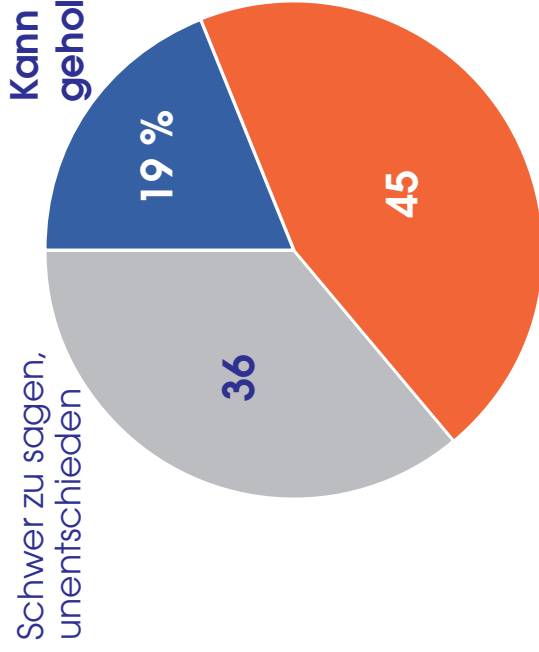
Frage: "Wenn Sie einmal an die Einschränkungen und Verbote der letzten Zeit denken: Gehen Ihnen diese Einschränkungen und Verbote immer mehr auf die Nerven, oder haben Sie sich inzwischen gut auf die Situation eingestellt?"



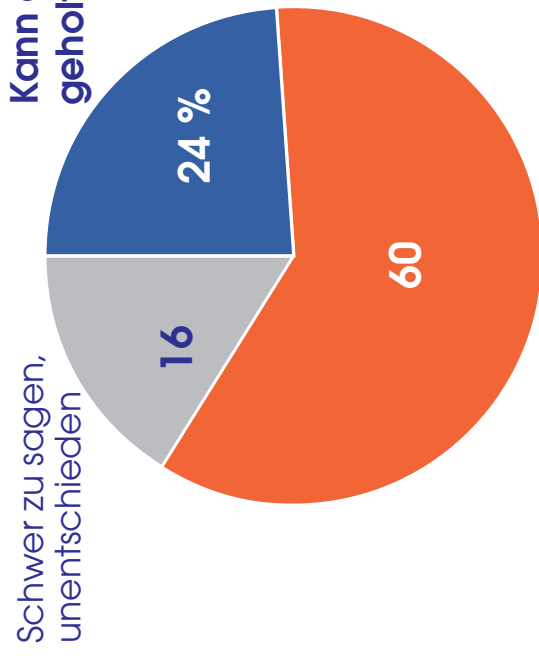
Zweifel an der Wirksamkeit der Stützungsmaßnahmen

Frage: "Der Staat unterstützt die deutsche Wirtschaft derzeit ja mit Milliardenhilfen. Glauben Sie, dass den meisten Unternehmen mit dieser Unterstützung ausreichend geholfen werden kann, oder glauben Sie das nicht?"

Bevölkerung insgesamt

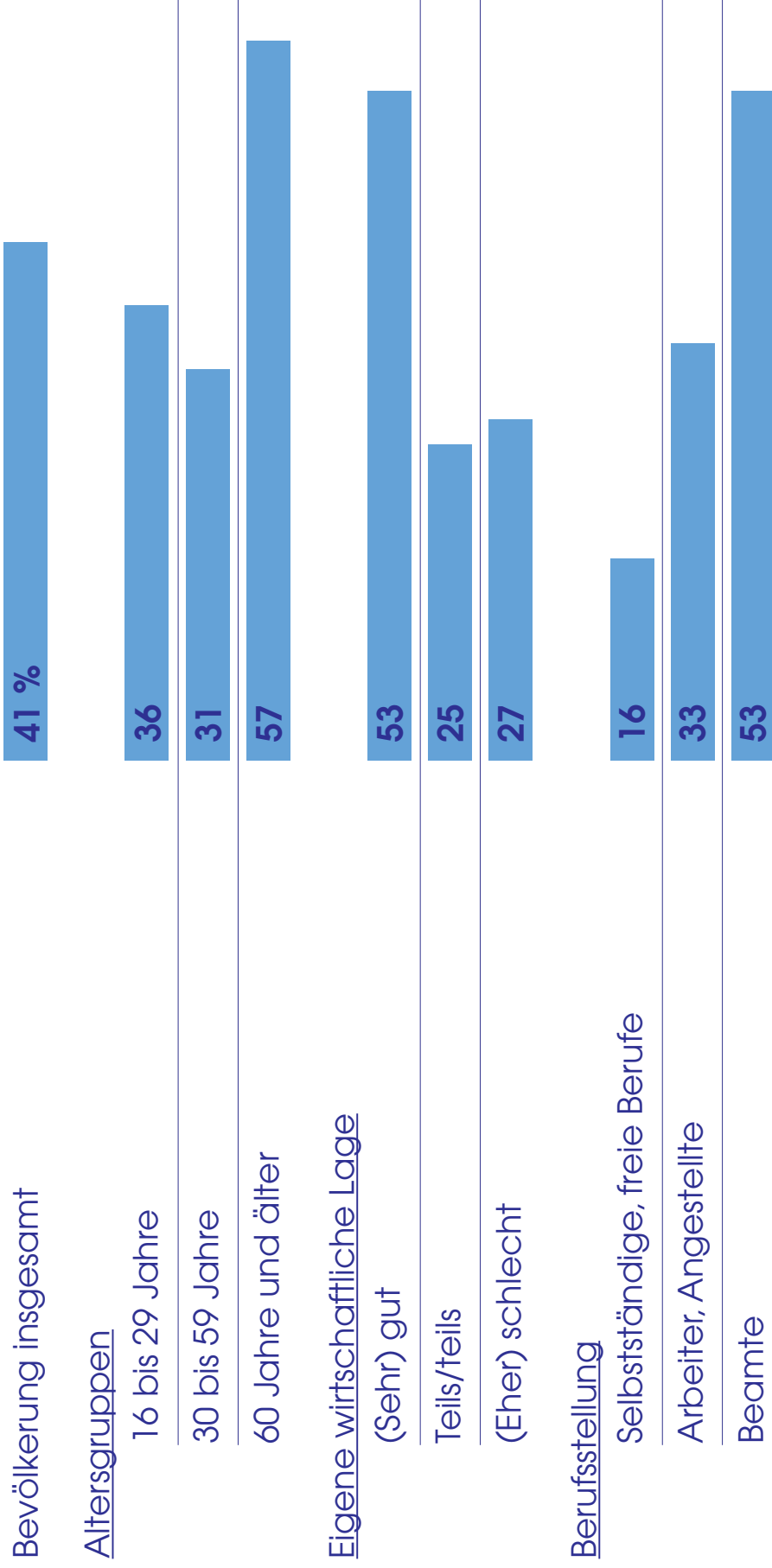


Selbstständige, Freiberufler



Viele nicht persönlich betroffen

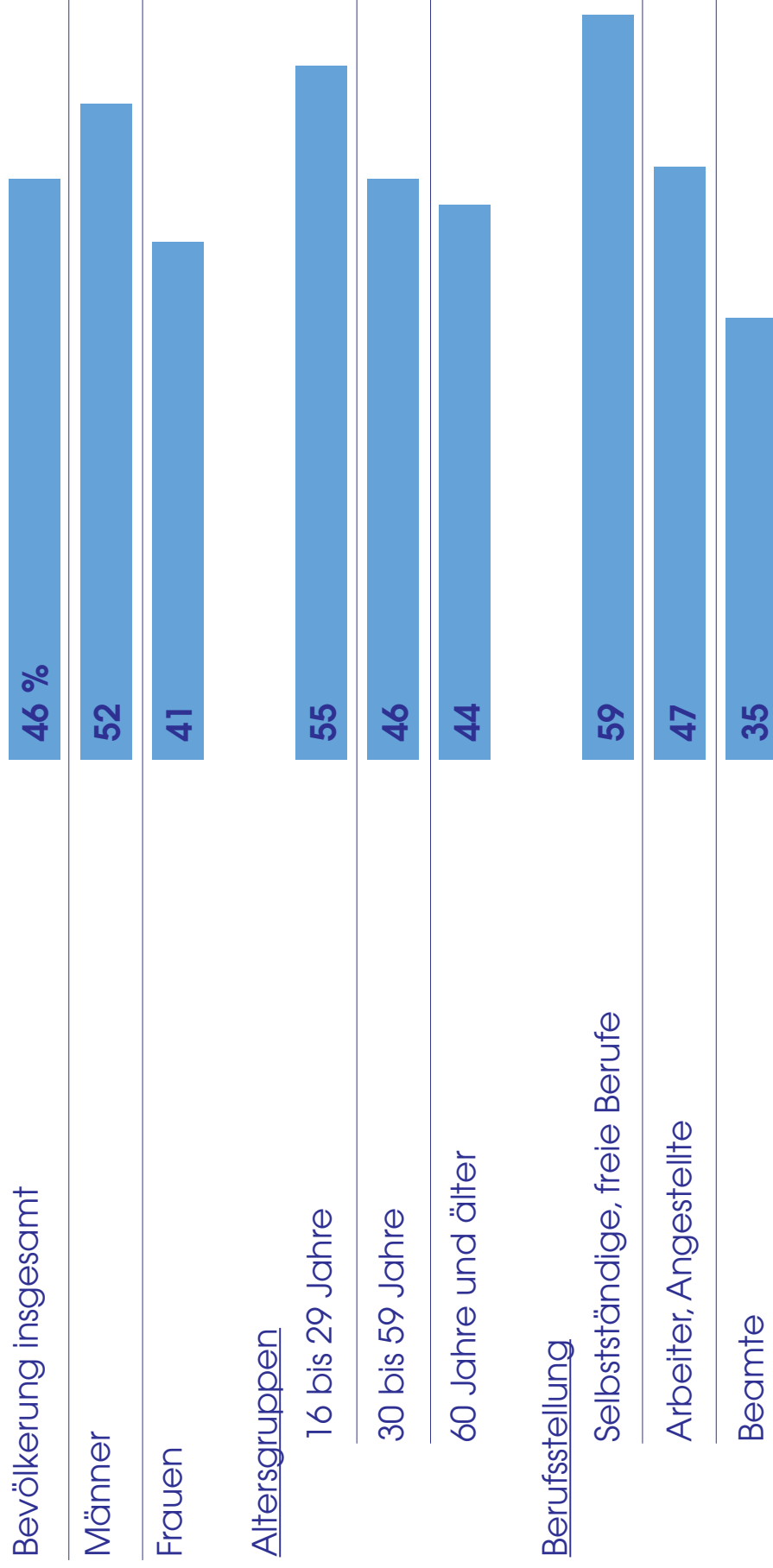
"Ich erwarte zwar einen Abschwung der Wirtschaft, aber mich wird das finanziell nicht betreffen."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239

Bedürfnis nach Normalität

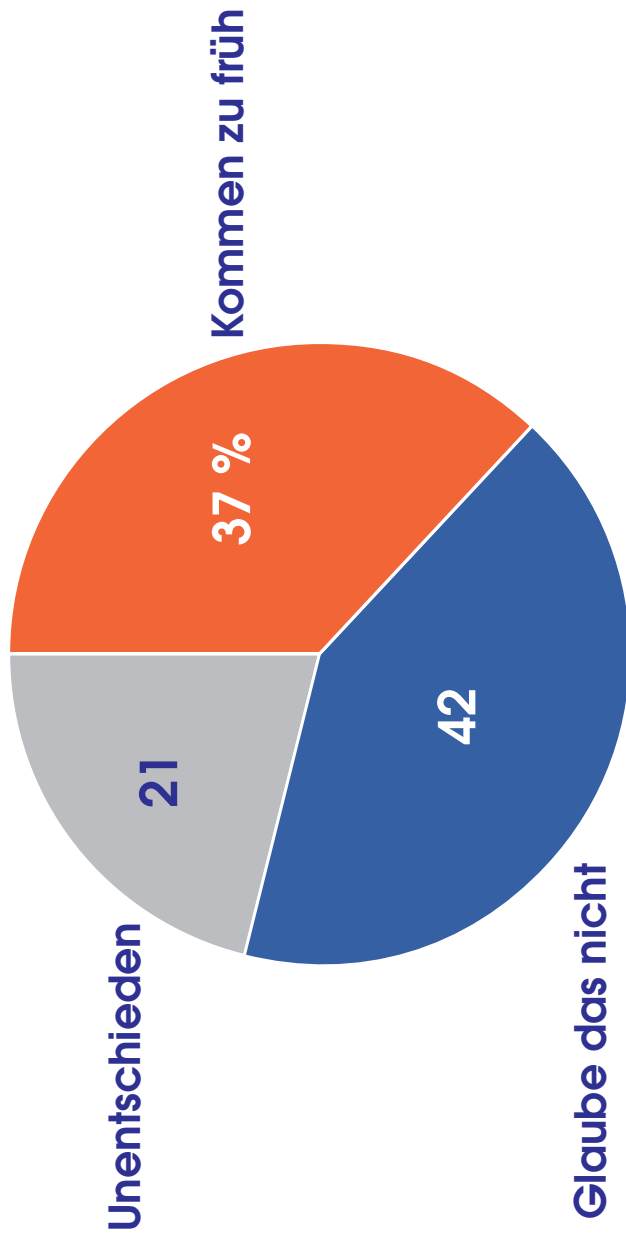
"Wir müssen jetzt langsam zu einem normalen Alltag zurückfinden und unser normales Leben zurückgewinnen. Mit einem gewissen Restrisiko, dass man sich mit dem Virus anstecken könnte, muss man einfach leben."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239

Gespaltene Reaktion auf Lockerungen

Frage: "In letzter Zeit sind ja verschiedene Einschränkungen wieder gelockert worden. Glauben Sie, dass diese Lockerungen zu früh kommen, oder glauben Sie das nicht?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8239

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 118
vom 22. Mai 2020, S. 8, unter dem Titel:

"Schwerer Weg in die Normalität. Die Angst vor
einer Infektion schwindet. Nur eine Minderheit ist
gegen die Einschränkungen."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Schwerer Weg in die Normalität

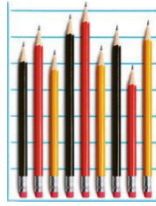
Allmählich verliert die Pandemie für die Bürger ihren Schrecken. Die Angst, sich persönlich zu infizieren, geht zurück. Im April war dies noch für 44 Prozent der Bevölkerung ein großer Sorgenpunkt, aktuell für 31 Prozent. Parallel sind Ängste, dass sich Angehörige infizieren könnten, von 69 auf 57 Prozent gesunken. Nach wie vor fühlen sich die 60-Jährigen und Älteren überdurchschnittlich bedroht; auch in dieser Generation ist die Angst aber rückläufig.

Das hat zum einen damit zu tun, dass die meisten die Risiken nur medienvermittelt kennen, aber in ihrem Umfeld nicht direkt erlebt haben. Vor allem ist es jedoch die Bilanz der kontinuierlich rückläufigen und mittlerweile niedrigen Zahlen der registrierten Fälle. 82 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass die ergriffenen Maßnahmen wirksam sind und Deutschland bei der Eindämmung der Pandemie gut vorangekommen ist. Für die große Mehrheit ist es auch weiter das Ziel, die Ausbreitung der Infektionen zu verlangsamen und dadurch das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen, und nicht, so wenig Infizierte wie möglich zu erreichen. Dies ist bemerkenswert, da vorübergehend das Ziel höhergesteckt und teilweise gefordert wurde, um jeden Preis Menschenleben zu retten. Die Mehrheit hat sich jedoch mittlerweile mit dem Gedanken arrangiert, dass uns Corona längere Zeit begleiten wird und die Bekämpfung nicht jeden Preis rechtfertigt.

Die Wirksamkeit der bisherigen Maßnahmen hat ökonomische und soziale Folgen, die in ihrer ganzen Tragweite bisher nur schwer abzuschätzen sind. Noch nie seit Kriegsende hat der Staat so tief und abrupt in das soziale und wirtschaftliche Leben eingegriffen. Zwei Drittel der Bevölkerung sagen, dass sich ihr Alltag durch die Corona-Krise gravierend verändert hat, und bewerten die Einschränkungen als gravierend. Die Bürger erleben plötzlich die Macht des Staates auf unmittelbare und ungewohnte Weise. 67 Prozent haben den Eindruck, dass der Staat zurzeit stark oder sogar sehr stark in ihr Leben eingreift; überdurchschnittlich zieht diese Bilanz die mittlere Generation, die teilweise in ihrer Erwerbstätigkeit eingeschränkt wird, um den Arbeitsplatz fürchtet und sich gleichzeitig bei der Kinderbetreuung und -förderung mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert sieht. Die Situation belastet nicht nur die Eltern selbst, sondern auch die Kinder. 77 Prozent der Eltern beobachten, dass ihre Kinder unter den Einschränkungen leiden, 41 Prozent berichten sogar von einem erheblichen Leidensdruck. Viele Eltern fühlen sich auch überfordert, die Aufgaben der Schule mit zu übernehmen; das gilt insbesondere für Eltern aus den schwächeren sozialen Schichten.

Dass derart starke Eingriffe in das Leben der Bürger auch Kritik und Proteste auslösen, ist kaum überraschend. Es ist jedoch nach wie vor eine Minderheit, die den Staat als unangemessen übergriffig empfindet. 23 Prozent kritisieren die Eingriffe als überzogen, die große Mehrheit bewertet die Eingriffe als angemessen oder auch die Einschränkung ihres Alltagslebens als begrenzt; Letzteres gilt für knapp ein Drittel der Bevölkerung, während weitere 37 Prozent zwar von gravierenden Auswirkungen auf ihr persönliches Leben berichten, die Maßnahmen aber als angemessen einstufen. Von denjenigen, die von starken Eingriffen des Staates in ihr Leben berichten, halten 48 Prozent die Maßnahmen für angemessen, 27 Prozent für überzogen. Überdurchschnittlich kritisch fällt das Urteil von Selbstständigen und freiberuflich Tätigen aus sowie in den schwächeren sozialen Schichten. Auch erst kürzlich verhängte staatliche Maßnahmen wie die Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr und bei Einkäufen werden von der Mehrheit akzeptiert. 65 Prozent halten diese Regelung in der derzeitigen Situation für notwendig, nur knapp jeder Fünfte für überzogen.

Nur die Anhänger der AfD halten die Maskenpflicht in hohem Anteil für nicht



Die Angst vor einer Infektion schwindet. Nur eine Minderheit ist gegen die Einschränkungen.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

notwendig, wie sie auch generell den staatlichen Vorgaben und Einschränkungen wesentlich kritischer gegenüberstehen. Keine andere Gruppierung hat vergleichbar stark das Gefühl, dass der Staat unangemessen in ihr Leben eingreift. 91 Prozent der AfD-Wähler empfinden die Eingriffe als gravierend, 71 Prozent als unangemessen. Anders als die Mehrheit äußern die meisten AfD-Wähler auch den Verdacht, dass versucht wird, die Menschen in Angst und Schrecken zu halten, um zu erreichen, dass sie die Maßnahmen klaglos hinnehmen.

Eine knappe Mehrheit hat sich persönlich mittlerweile gut auf die Situation eingestellt. Jeder Vierte sieht für sich persönlich sogar Vorteile; das gilt überdurchschnittlich für Staatsbedienstete und Arbeitnehmer, die zurzeit kurzarbeiten oder das für die nahe Zukunft erwarten. Jeder Dritte kann auch nachvollziehen, dass man die aktuelle Situation sogar genießen kann. Das ist ein Wohlgefühl mitten in der Krise, ausgelöst durch Zeitgewinn und Entschleunigung, während die eigene materielle Basis noch als weitgehend stabil eingeschätzt wird.

Aber bei vielen wächst auch der Unmut. 41 Prozent gehen die Restriktionen mittlerweile auf die Nerven. Das gilt vor

allem für diejenigen, deren Alltag sich durch die Maßnahmen stark verändert hat, für Jüngere und diejenigen, deren wirtschaftliche Lage unbefriedigend ist und die eine weitere Verschlechterung befürchten.

Während die Infektionsängste abflauen, stimmt die ökonomische Situation die Mehrheit besorgt. 76 Prozent machen sich große Sorgen über die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf die Wirtschaft. Die überwältigende Mehrheit rechnet für die nächsten 12 Monate mit einem wirtschaftlichen Abwärtstrend. Nur eine Minderheit vertraut darauf, dass die großen staatlichen Hilfsprogramme den meisten Unternehmen ausreichend helfen können. Besonders Selbstständige und freiberuflich Tätige bezweifeln das wie auch diejenigen, die sich in einer schwierigen finanziellen Lage befinden.

Die Besorgnis über die allgemeine wirtschaftliche Lage ist allerdings bei der großen Mehrheit nicht mit Existenzängsten gleichzusetzen. In einem Land wie Deutschland mit seinem hohen Beschäftigungsstand, zahlreichen betrieblichen Schutzvereinbarungen und einem ausgebauten Sozialstaat kommt selbst eine tiefe ökonomische Krise meist erst mit zeitlicher Verzögerung in der Breite an – wenn

überhaupt. Das war bei der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise zu beobachten, die kurzfristig zu einer scharfen Rezession führte, die meisten Arbeitnehmer aber nie erreichte. Im Rückblick sagten damals nur sechs Prozent der Bürger, dass sich diese Krise unmittelbar auf ihre materielle Situation ausgewirkt habe.

Diesmal ist die Dimension der ökonomischen Probleme zwar ungleich größer. Aber auch diesmal zeigt sich, dass die kurzfristigen Auswirkungen auf die materielle Lage der Bevölkerung begrenzt sind. 58 Prozent bewerten ihre eigene wirtschaftliche Situation positiv, 30 Prozent durchwachsen, lediglich 11 Prozent eindeutig negativ. Im Vergleich zu den Jahren vor der Krise ist dies ein stabiles Bild. Viele erwarten zwar, dass sich ihre wirtschaftliche Lage aufgrund der Krise verschlechtern wird, aber nur eine Minderheit rechnet mit gravierenden Einbußen. 12 Prozent erwarten eine deutliche Verschlechterung ihrer Lage, 34 Prozent rechnen mit nur geringen Einbußen. Gravierende Folgen befürchten in erster Linie Selbstständige und diejenigen, die sich ohnehin in einer schwierigen materiellen Lage befinden. Jeder zweite Selbstständige und 42 Prozent derjenigen, die schon vor der Krise Mühe hatten, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, führen eine deutliche Verschlechterung.

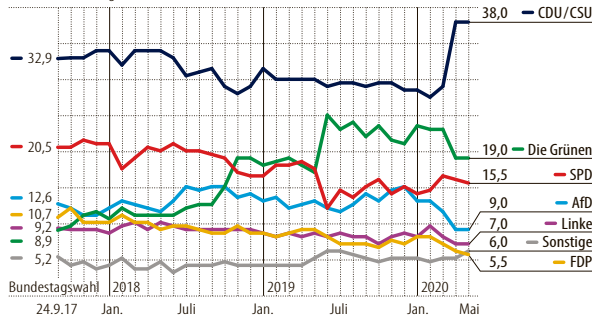
Was die mittelfristigen materiellen Folgen angeht, ist die Gesellschaft zweigeteilt: In diejenigen, die persönlich Konsequenzen erwarten, und die, die sich sicher fühlen und es oft auch sind. Die Rentner und Pensionäre, die Staatsbediensteten und die Arbeitnehmer aus stabilen Branchen wie dem Gesundheitswesen oder Lebensmittelhandel und -produktion sehen sich überwiegend in einer materiell befestigten Lage. Dadurch sind 41 Prozent der Bürger zwar über die wirtschaftliche Entwicklung besorgt, aber zugleich zuversichtlich, dass dies nicht auf ihre eigenen wirtschaftlichen Perspektiven durchschlagen wird. Insbesondere die ältere Generation, Beamte und die Wohlhabenderen sind davon überzeugt.

Die persönliche Betroffenheit durch die wirtschaftlichen Kollateralschäden beeinflusst zwangsläufig die Haltung zu Lockerungen. Insbesondere Selbstständige und Freiberufler, die niedrigeren Einkommensschichten und diejenigen, die materielle Einbußen befürchten, fordern die Rückkehr in ein weitgehend normales Leben. Insgesamt sprechen sich 46 Prozent der Bevölkerung dafür aus, auch dafür, ein Restrisiko zu akzeptieren; von den Selbstständigen und freiberuflich Tätigen erheben 59 Prozent diese Forderung, auch die Mehrheit derjenigen, die ihre wirtschaftliche Lage als unbefriedigend einstufen. Staatsbedienstete, die ältere Generation und die höheren Einkommensschichten schließen sich dieser Forderung dagegen unterdurchschnittlich an. Insgesamt 34 Prozent widersprechen dieser Forderung dezidiert; dieser Anteil ist weitgehend deckungsgleich mit den Kritikern der Öffnungspolitik. 37 Prozent befürchten, dass die Lockerungen zu früh kommen, 42 Prozent widersprechen, gut jeder Fünfte ist in dieser Frage unsicher. Eine Staffelung der Lockerung nach Risikogruppen ist für die meisten keine Alternative. So wird der Vorschlag, die Restriktionen für Risikogruppen wie die Älteren länger aufrechtzuerhalten, von der Mehrheit verworfen, besonders von der überwältigenden Mehrheit der Älteren.

Der breite gesellschaftliche Konsens, der die ersten Wochen des Shutdowns begleitete, ist in der Phase der Lockerungen kaum zu erreichen, zumindest nicht, solange die Sorge vor einer zweiten Welle im Raum steht. 72 Prozent halten eine zweite Welle für wahrscheinlich, jeder Vierte sogar für sehr wahrscheinlich. Vor diesem Hintergrund kann auch kaum überraschen, dass viele die Lockerungen als ein vorübergehendes Phänomen ansehen. 44 Prozent rechnen mit einer Rücknahme, nur 23 Prozent sind überzeugt, dass die Lockerungen nachhaltig sein werden. Viele trauen sich hier auch kein Urteil zu. Auch wenn die Infektionsängste allmählich schwinden, fühlt sich die Mehrheit noch keineswegs in Sicherheit.

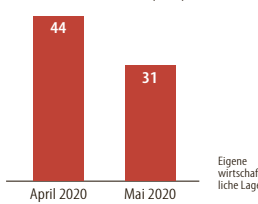
Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

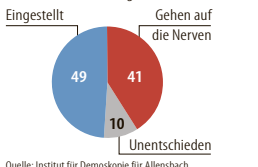


Bedürfnis nach Normalität in der Corona-Krise

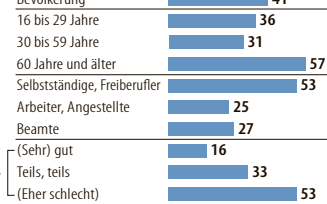
Machen Sie sich Sorgen darüber, dass Sie persönlich mit dem Coronavirus infiziert werden könnten? (in %)



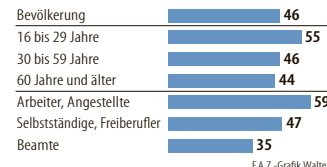
Gehen Ihnen die Einschränkungen auf die Nerven oder haben Sie sich inzwischen darauf eingestellt? (in %)



„Ich erwarte zwar einen Abschwung der Wirtschaft, aber mich wird das finanziell nicht betreffen.“ (in %)



„Wir müssen jetzt langsam zu einem normalen Alltag zurückfinden. Mit einem gewissen Restrisiko muss man einfach leben.“ (in %)



Quelle: Institut für Demoskopie für Allensbach

F.A.Z.-Grafik Walter